

# Schuhmacher-Fachblatt

## Organ der deutschen Schuhmacher

Erforsche die Wahrheit,  
Dann kommt du zur Klarheit.

Erscheint jeden Sonntag. — Abonnementspreis: pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Gotha. Kreuzbandabonnenten innerhalb Deutschlands und nach Oesterreich kosten 4 Exemplare à 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare à 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren à 1 Mk. 30 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Zeitungs-Preisliste unter Nr. 6840. — Anzeigensatz: bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 1/2 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 10

Gotha, 9. März

1902

### Die Arbeitslosigkeit unter den Schuhmachern.

(Schluß)

Die Kenntnis der teilweise Arbeitslosen oder ungenügend Beschäftigten ist so wichtig, wie die der ganz Arbeitslosen, denn nur dann läßt sich die wirt. dastliche Lage der Arbeiter übersehen und eindringend würdigen. Es läßt sich daraus auch erkennen, inwiefern die Schuhfabrikanten auf die Weiterrenten ihrer Arbeiter Rücksicht nehmen und die ihnen obliegende Pflicht der Fürsorge für die Arbeiter in den Zeiten der Krise erfüllen. Bereits in dem ersten Artikel ist aus einigen Orten erwähnt, daß mit verkürzter Arbeitszeit und ungenügender Beschäftigung gearbeitet und so größere Entlassungen verhindert wurden. Welche große Ausdehnung aber die teilweise Arbeitslosigkeit, die ebenfalls mit ihrem ungenügenden Verdienst Darben und Entbehrungen der davon Betroffenen, in noch höherem Maße als in normalen Zeiten zur Folge hat, besitzt, mögen die nachfolgenden Mitteilungen darthun. In Dresden wurde während der größeren Hälfte des Jahres mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, zahlreiche Werkstatthaltern hatten nur für 3 bis 4 Tage in der Woche Arbeit. In Vandeshut in Schlessen wurde im 3. Quartal nur 8 Stunden täglich gearbeitet — also endlich der Achtstundentag von Kapitalisten Gnaden und der Not der Krise; aber wir wollen nicht den Achtstundentag mit geringem, sondern mit ausreichendem Verdienst. Indessen ziehen wir in der Zeit der Krise den Achtstundentag mit geringerem Verdienst der Massenentlassung von Arbeitern, der gänglichen Arbeits- und Verdienstlosigkeit immer noch vor. In Kornwestheim betrug die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage während des Sommers erst 4 und dann 5, während der letzten vier Monate des Jahres wurde nur 8 Stunden täglich gearbeitet. In München betrug in einer Schuhfabrik schon vor Mai an die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage nur 4 und auch in den übrigen Fabriken, mit Ausnahme einer einzigen wurde bei verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. In den Monaten August, September und Oktober ging es sehr schlecht. In Bamberg reduzierten 2 von den 4 Schuh- und Schäftefabriken die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9 bzw. 8 Stunden und Ende des Jahres war die Geschäftslage noch immer sehr unbefriedigend. Die beiden Schuhfabriken in Göttingen waren in den Monaten August und September nur 4 Tage wöchentlich in Betrieb. Der Harburger Berichtsersteller bemerkt, daß die dortigen Kollegen nicht gerade ganz arbeitslos, aber auch nur auf 2 bis 3 Tagen in der Woche beschäftigt waren, womit sie sich begnügen mußten, da sie Harburg nicht gerne verlassen wollten. In Halberstadt arbeiten die Kollegen in den Werkstätten bei ungenügender Beschäftigung 8 bis 10 Stunden täglich. Die eine Schuhfabrik in Braunschweig stellte im Laufe des Jahres zweimal für je eine Woche den Betrieb ganz ein, ohne den feiernden Arbeitern irgend eine Entschädigung zu gewähren. Die betreffenden Arbeiter sind meistens verheiratet. Die Fabrik hat die englische Arbeitszeit mit Feierabend um 4 Uhr 20 Minuten nachmittags im Sommer und 5 Uhr 20 Minuten nachmittags im Winter. Die dadurch vermehrte freie Zeit benutzten die Kollegen dazu, zu Hause noch weiter tätig zu sein. Von sehr unbeständiger Arbeitszeit in der einen der beiden dortigen Fabriken wird aus Prenzlau berichtet. Während 2 bis 3 Wochen betrug die tägliche Arbeitszeit 11 Stunden, dann 6 bis 7 Wochen nur 7 Stunden, ganz entsprechend den Schwankungen in den Aufträgen. Von Hagen bis im Monat September betrug die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden. Die Schuhfabrik in Nowawes bei Berlin hatte vom Juli bis Oktober die achtfünfstündige tägliche Arbeitszeit, während welcher erst noch auf Arbeit gewartet werden mußte. In Gotha ist trotz der hier herrschenden starken Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie nur vorübergehend die Arbeitszeit beschränkt worden, doch ist der Betrieb der einen Fabrik, die hier nur allein in Betracht kommt, wieder voll beschäftigt. In einer der 3 Schuhfabriken in Mühlhausen i. Th. arbeiteten die Arbeiter vom September ab nur 8 1/2 Stunden täglich, im Dezember wurde dann diese verkürzte Arbeitszeit für den ganzen Betrieb eingeführt. Noch trauriger sieht es bei den Werkstatthaltern aus, die bei 10- bis 12 stündiger täglicher Arbeitszeit nur 8 bis 12 Mk. pro Woche verdienen. In Hirsch bestand in einer Schuhfabrik während zweier Monate für die Maschinenarbeiter die sieben-

stündige tägliche Arbeitszeit, in der andern Fabrik während 4 Wochen für die ganze Arbeiterschaft. In der Schuhfabrik in Marienburg waren die Arbeiter zwar das ganze Jahr hindurch beschäftigt, jedoch mußten die Arbeiter viel auf Arbeit warten. Die beiden Bielefelder Schuhfabriken arbeiteten ebenfalls zeitweise mit verkürzter Arbeitszeit, die eine mit nur 7 1/2 Stunden, indes wird in beiden wieder während 10 Stunden gearbeitet. Von nicht voller Beschäftigung in den Fabriken berichtet man uns auch aus Hildesheim. Ueber die Geschäftslage des Schuhmacherhandwerks in Altenburg im Laufe des Berichtsjahres heißt es auf dem Fragebogen: 1. und 3. Quartal flau, 2. und 4. Quartal gut. In Frankfurt a. M. wurde in einer von den vier dortigen Schuhfabriken während 8 Wochen nur je 5 Tage wöchentlich gearbeitet und es wird dazu bemerkt, daß einzelne Arbeitergruppen schon ein ganzes Jahr ohne volle Beschäftigung seien. Im Handwerk war es während des Frühjahres gut und seit dem Herbst schlecht. In Weissen waren die Werkstatthalter nicht gerade arbeitslos, aber sie verdienten bloß 6 bis 8 Mk. in der Woche und warten auf bessere Zeiten. In Labenburg ging es in der Schuhfabrik das ganze Jahr hindurch ziemlich gut, im Herbst dagegen war es flau, während es im Winter wieder besser ging. Im Handwerk war der Geschäftsgang während des ganzen Jahres ein mittelmäßiger. Aus Böbau i. S. wird uns berichtet, daß der Geschäftsgang während des ganzen Jahres ein sehr trauriger war, so daß die Kollegen bei elfstündiger Arbeitszeit 7 bis 15 Mk. pro Woche verdienten, welcher Verdienst auf keiner Seite langt, so daß sie Schulden auf Schulden machen mußten, kaum die Rott bezahlen können und sich aus der Organisation streichen lassen, weil sie kein Geld zur Zahlung der Beiträge haben. Das find in der Zeit traurige Zustände, die das ganze Schuhmachereiland enthalten und zeigen, wohin wir bereits gekommen sind! Aber aus der Organisation sollten die Kollegen trotzdem nicht austreten, denn dadurch geben sie auch den letzten Rettungsanker preis, während die kleine Erparnis von 20 Pf. pro Woche ihre Lebenshaltung gewiß nicht zu bessern vermag. Darum sollte kein Kollege der Organisation, seiner treuesten Freundin und zuverlässigsten Stütze, untreu werden und den Rücken kehren.

Aber nicht-bloß in Böbau sieht es so aus, sondern nach den vorstehenden Mitteilungen über Betriebs-einschränkungen wie nach der im ersten Artikel gegebenen Uebersicht über die Arbeitslosigkeit unter den Schuhmachern sieht es in ganz Deutschland schlecht. Unsjäglich traurig ist es, wenn unter solchen Umständen noch Fabrikanten den Mut besitzen, die ohnehin geringen Arbeitslöhne noch weiter zu verschlechtern. Selbst die Verwaltung eines großen westfälischen Aktienunternehmens der Eisenindustrie erklärte kürzlich in ihrem Geschäftsbericht, daß bei ungenügender Beschäftigung und Betriebs-einschränkung nicht auch noch die Arbeitslöhne reduziert werden können. Im Gegensatz zu dieser vernünftigen Auffassung gibt es aber Schuhfabrikanten, die gerade die schlechte Geschäftslage dazu benutzen, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verschlechtern, so daß die Arbeiter kaum mehr für sich und ihre Angehörigen das Brot zu erwerben vermögen und hungern, trotzdem aber noch Schulden machen müssen.

Zu den mehr als 2000 arbeitslosen Schuhmachern kommen noch weitere Zehntausende, welche nach den oben angeführten Mitteilungen während eines großen Teiles des verflossenen Jahres ungenügend beschäftigt waren und infolgedessen erheblich weniger verdienten als früher, da sie genügend Arbeit hatten. So müssen die Arbeiter die Ungunst der Zeit, die vorhandenen Wirkungen der Krise im vollsten Maße tragen und empfinden, sie müssen als die unschuldigen Opfer einer faulen Wirtschaftsordnung leiden, während die Träger und Nutznießer derselben auch in dieser schlechten Zeit im Reichtum sitzen und schwelgen und die Herrlichkeiten dieser Erde genießen. Es sollte denn daher gerade die gegenwärtige Zeit der Not auch auf die Schuhmacher aufkündend und belegend wirken, sie, insofern sie noch nicht organisiert sind, dazu anspornen, dem Verein deutscher Schuhmacher beizutreten, so daß durch die allumfassende kräftige Organisation die Arbeits- und Lohnverhältnisse auf die erforderliche Höhe gebracht und auch für alle Notfälle des Lebens genügend vorgesorgt werden könnte. Würden die uns fernstehenden Kollegen, die noch nach Tausenden

jählen, diesem untern Appell folgen, so hätte die Leidenszeit der Krise doch wenigstens eine gute Folge.

Wie schlechte Fastmachtscherze und Verdrächtigkeiten erscheinen die Mitteilungen aus denselben Fragebogen, die uns so viel Not und Elend erzählen, daß in zahlreichen Fällen noch mit Ueberstunden gearbeitet wurde! Einmal Ueberzeitarbeit und dann Betriebs-einstellung oder Arbeitszeitverkürzung und ungenügende Beschäftigung — kann da wirklich noch jemand mit gesundem Sinn von einer vernünftigen Wirtschaftsordnung reden? Es ist eine Wirtschaftsanarchie, aber keine Ordnung. Von Ueberstunden wird berichtet aus Oshag (täglich 1 bis 2 Stunden vom September bis Dezember), München (anfangs des Jahres eine „Unmaße Ueberstunden“), Dresden (von Zuschneidern und dem Maschinenpersonal, Birnamens (teilweise), Partha i. S. (während eines Vierteljahres 1 bis 2 St. täglich, Altona (in einer Fabrik während 8 Wochen täglich 1 St.), Eisenberg (in einer Fabrik während 8 Wochen je 4 St.), Düsseldorf (täglich 4 St.), Erlangen (während einiger Wochen für einen Teil der Arbeiter), Marktbreit i. B. (während 2 Monaten täglich 2 St.), Weida (in 2 Fabriken während 6 bis 8 Wochen 1 bis 2 St. täglich), Alzey (täglich 1 St. von 7 bis 8 Uhr abends), Neustadt O. S. H. (1 1/2 bis 1 St. täglich), Kofswein (die Zahl der Ueberstunden war nicht genau festzustellen, da viel Arbeit auch mit nach Hause geschleppt und da noch gemacht wird), Ehrenfriedersdorf (im Frühjahr während 8 Wochen täglich 1 1/2 St.), Erfurt (teilweise 1 bis 4 St. täglich), Leipzig (Ueberstunden während einiger Wochen, dafür wurde dann ein andermal wieder weniger Arbeit gegeben), Weissen (13 St.), Böhmisch (während 3 Wochen vor Weihnachten 1 St. täglich), Leisnig (1 St. täglich), Wermelskirchen (an 6 Tagen je 2 St.), Vandeshut (im ersten Quartal in einer Fabrik), Gerswalde (vom Oktober bis Januar je 2 St. täglich) u. s. w. Auf einigen Bogen ist die Frage nach Ueberstunden bejaht, jedoch keinerlei nähere Bemerkung dazu gemacht. Die Thatfache steht also fest, daß selbst während der Krise Ueberstunden vorkommen, denen dann die Feierstunden folgen; also einmal zu viel und das anderemal zu wenig, wirklich eine herrliche Ordnung!

Ueber die geschäftlichen Aussichten für das laufende Jahr äußern sich fast alle Berichtsersteller, aber leider die Mehrzahl von ihnen in ungünstigstem Sinne. Die Aussichten werden als trübe, flau, schlechte und sehr schlechte bezeichnet, also eine trostlose Perspektive eröffnet. Die Minderzahl der Berichtsersteller bezeichnet die Aussichten als gute, bessere, ziemlich gute, oder „bis Oren gut“, „bis Pfingsten gut“, „vorläufig gute“, „teilweise befriedigende“, „vorausichtlich gute“, „mäßige“. Von den Orten, wo diese besseren Aussichten gemeldet werden, erwähnen wir: Danzig, Hagnau, Brees, Boisenburg, Ulm, Schneewerden, Nowawes, Ohruf, Freiberg i. S., Landesberg, Leisnig, Böhmisch, Weissen, Erfurt („etwas lebend“), Neustadt O. S. H., Erlangen, Altona („mäßige“), Oshag, Rodalben, Burg-lundstadt, Oberrad.

Aus den großen und größten Zentren der Schuhindustrie lauten die Berichte über die geschäftlichen Aussichten eher oder weniger ungünstig, so daß sich leider an das bittere Krisenjahr 1901 ein ebenso schlimmes Notjahr 1902 anreihen wird.

So wenig erschöpfend unsere Darstellung der Verhältnisse der Schuhindustrie im Jahre 1901 und ihrer Aussichten für 1902 ist, so gibt sie doch eine wertvolle Uebersicht über das, was ist, wertvoll besonders im Hinblick auf die Bestimmung unserer Taktik in den verschiedenen vorhandenen und noch auftauchenden Fragen. Sehr schwierig erscheint im Lichte der dargestellten Verhältnisse die Entscheidung der Frage, ob die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden soll oder nicht. Auf der einen Seite zahlreiche, tausende von Kollegen, die ganz arbeitslos oder teilweise arbeitslos sind und denen jetzt, insofern sie nicht auf die Walf gehen und dann Krisenunterstützung erhalten, die Arbeitslosenunterstützung der Organisation sehr angenehm und willkommen sein würde. Auf der andern Seite tausende von Vereinsmitgliedern, die schlechten und unzulänglichen Verdienst haben und den heutigen Beitrag an den Verein deutscher Schuhmacher nur schwer zahlen können. Wie soll da die Frage entschieden und gelöst werden, daß die Mitglieder wie die Organisation

dabei gut fahren? Die Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung sollte also in erster und gründlicher Weise von unsern Mitgliedern in den Versammlungen und beim sonstigen Zusammensein noch weiter diskutiert werden.

### Aus unserm Beruf.

**Bayern.** Hier sind Lohnkürzungen ausgedehnt. Zugun ist daher ferngehalten.  
**Stein.** Da die Ausperrung in der Landwehr Fabrik noch nicht beendet ist, erlauben wir, den Bezug von hier streng fernzuhalten.

**Frankfurt a. D.** In den Fabriken von B. A. Tschetsche und R. S. z. z. reichten am Sonnabend, den 1. März sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fabrik die Kündigung ein. Zugun nach hier ist darum ferngehalten.

**Christiansand (Norwegen).** Hier wurden die Schuhmacher ausgeperrt. Erfolg soll aus Deutschland gefolgt werden. Zugun ist streng ferngehalten.

**Die der projektirten Lohnbewegung der Berliner Kollegen beschaffigen hat in letzter Zeit wiederum zwei Versammlungen, in denen übereinstimmend beschlossen wurde, den Gesellenausschuss zu beauftragen, sobald als möglich mit der Junge über die Durchführung des verordneten Minimallohnsatzes zu verhandeln. Eine später einberufene Versammlung soll dann das Ergebnis der Verhandlungen entgegennehmen und weitere Beschlässe fassen.**

**Zehnfüße Neupreisen.** Aus Boston wird von einer patriotischen Erfindung zur Herstellung von „gewundenen Rahmen“ berichtet. Aus der darüber veröffentlichten Beschreibung ist das bezügliche Arbeitsverfahren nicht zu erkennen. Offenbar handelt es sich dabei wieder um eine der unzähligen neuen Erfindungen, von denen das ganze Jahr hindurch berichtet wird und wovon die meisten nur einmal in die Zeitungen gelangen. Ebenso wenig haben wir die „neuen Heberhol- und Widmaschinen“ gegenüber, die in Mainz erfunden wurde.

**Zur Gründung der schweizerischen Schützlinge** wird in der hundertjährigen Begründung gesagt: „Was die zeitigen Waren betrifft, kommen unsere Vorfahren der Schuhfabrikation und dem Handwerk nach Möglichkeit entgegen, indem wir mit Ausnahme der ungeschützten Schuhe durchweg eine Erhöhung der Schutzzölle empfehlen. Im übrigen bedeutet unsere neue Tarifstellung die Befestigung von großen Heberhöfen, welche sich unter dem alten Tarif durch die Unterdrückung der Lederzölle nach und nach zu bilden begannen.“ — Ganz wie in Deutschland, das nun vom Ausland nachgeholt wird.

**Der Kongress der deutschen Schuhmacher.** Es befehen heute in Belgien rund 20 Syndikate ihre Stände, denen jedoch gleicher Zusammenhang fehlt. In Brüssel sind bereits drei Stände mit 1830 Mitgliedern, die unter sich eine Art Kartell geschlossen haben. Die übrigen sind aber ganz Belgien verteilt und dürfen nur geringe Mitgliederzahlen aufweisen. Erste Stände ihrer Stände sind eben infolge ihrer Herkunftsrichtung nicht zu ermitteln. Die Monatsbeiträge schwanken zwischen 20 bis 100 Centimes. Die Jahre sind bei einzelnen Branchen, besonders bei denen, die in Fabriken arbeiten, leblich, während die bei Hausarbeit jeder Beschreibung spärlich. Bei den Fabrikarbeitern ist die Initiative zur Einberufung des Kongresses erfolgt, dessen Hauptzweck die Gründung eines Verbandes ist für ganz Belgien war. Es bestanden schon 1899 ein Schuhmacherverband, welcher jedoch nach vorübergehendem Bestehen wieder einging. Zur Gründung eines Verbandes ist es indes noch nicht gekommen. Die bezüglichen Vorarbeiten sind jedoch erledigt und eine Kommission zur Ausarbeitung der Statuten gewählt. Auf einen in der nächsten Zeit stattfindenden Kongress soll die Gründung eines Verbandes ermöglicht werden. Unter anderem beschlossene für dieser Kongress noch mit den Fragen, die den professionellen Unternehmern, die Organisation der Belegschaften und die Gefährdung der Arbeiter. Der Kongress beschloß auch die Gründung eines Fachorgans, dessen erste Nummer am 1. Februar erschienen ist. Es erscheint monatlich in ihrem Format und in bläulich- und französischer Sprache.

### Ein Wort über die Kündigung der Kontrakte.

In der letzten Zeit merkt man, daß im Kreise der organisierten Kollegen die Unruhe um sich greift, mit den Fabrikanten längere Kontrakte abzuschließen oder die Kündigungsfrist weit über die gesetzlich festgelegte Zeit auszuweiten. Dies ist aber vom richtigen Gesichtspunkt aus betrachtet ein großer Fehler der Kollegen, der sich namentlich bei Streiks geltend macht. Wir wissen, daß der Kapitalismus in allererster Linie befreit ist, was ihm auch in den meisten Fällen gelingt, die Arbeiter wenig zu machen. Gerade solche Kontrakte aber, die Arbeiter in einem Verhältnisse mit dem Fabrikanten ein gesichertes Einkommen bei einem völligen Antritt auf seine Arbeiter durch Lohnkürzungen oder Beschneidung in ihren wichtigsten geschäftlichen Punkten. Er wird in seinem Vorgehen nicht vermindert, wenn er weiß, daß die Organisation der Arbeiter in der Lage steht, einen Kampf unter den Umständen gar nicht einzulassen kann. Wenn das Glück dem Fabrikanten noch günstig ist, so erhält er noch einige Streikbrecher und kann dann so die nötigen Arbeiten verrichten.

Die so unvortheilhaft gewesenen Kollegen haben nicht die zweifelhafte Ehre mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten und sind gewarnt, selbst ohne bösen Willen, bis nach Ablauf ihrer Kündigungsfrist, Streikarbeit zu verrichten, wenn nicht schon inzwischen die Kollegen gewonnen waren, die Arbeit ohne einen Erfolg wieder aufzunehmen. Also der Kampf wird dem Unternehmern erleichtert, und aber erschwert. Unverkennbar wird der Kampf dadurch auch in die Länge gezogen und erfordert beträchtliche Opfer. So kann man sich manchmal des Gefühls nicht erwehren, daß es den Arbeitern hat, als ob manche Kollegen in längere Kündigungsfristen willigten, nicht um vor einer plötzlichen Entlassung geschützt zu sein, sondern daß sie dabei ganz andere Absichten im Auge haben, nämlich die, sich wenn irgend möglich ihren Pflichten, die sie als organisierte Arbeiter bei einem etwaigen Ausbrüche haben, zu entziehen.

Gerade dieses ist der Punkt, wo es bei den meisten Arbeitern zu Meinungsverschiedenheiten, ja sogar zu Differenzen kommt. Im Jahr jeder Kollege, jeder Gewerkschafter mußte sich bewußt sein, daß die Arbeitsverhältnisse in keinem Kriegszustande mit dem Kapital leben und daß wir kein Recht bereit sein müssen, wenn es heißt unsere Rechte zu wahren oder unsere Interessen zu verteidigen, den Kampf mit denselben auszuweichen. Das aber die Kollegen mit langer Kündigungsfrist einträchtigen Fällen mit gebührender Rücksicht zum Schutze ihrer Rechte sind, was sich jeder Kollege bei Abschluß des Kontraktes vor Augen halten. Infolgedessen ist es notwendig, die Kollegen allerorts bei passenden Gelegenheiten über diesen Punkt aufzuklären und sie dahin zu warnen. Besondere dies und werden den Kollegen die Statuten dieser Verhältnisse vor Augen geführt, so wird der Kontraktabschluß unerschütterlich.

Sind sie trotz Aufklärung, Ermahnung und Warnung immer noch Kollegen dazu bereit, so wissen wir, dieselben thun es mit dem Bewußtsein, sich ihren Pflichten zu entziehen, die

wissen, daß, daß wir es mit Menschen zu thun haben, die es mit keiner Seite verderben wollen, namentlich nicht mit den Herren Fabrikanten.

Ich glaube, daß wir gegen solche Elemente, die sich hier Borteile zu erringen und unter der Waage des Kollegen ihre schloße Handlung zu verschleiern suchen, auch schärfere Vorkehrungen haben, wenn wir uns nicht selbst schädigen wollen, indem sie ebenfalls wie jeder andere Streikbrecher aus unserm Bereich ausgeschlossen werden.  
Frankfurt a. D. 3. März 1902.

### Bericht über die Konferenz der Agitationskommission für Baden und die Vorderpfalz.

Der Vorsitzende R. Ahlert eröffnete die Konferenz mit der bekannten Tagesordnung. In das Bureau wurden die Kollegen Stark-Mannheim als erster, Grüner-Karlsruhe als zweiter Vorsitzender und Deumler-Freiburg als Schriftführer gewählt. In die Mandatsprüfungskommission wurden drei Mann gewählt.

Ueber den ersten Punkt: Bericht der Agitationskommission, referierte Ahlert-Speyer und ist demselben folgendes zu entnehmen: Die Einnahmen für den Agitationsfonds betragen 200,95 RM, die Ausgaben 64,70 RM, so daß ein Restbetrag von 136,25 RM verbleibt. Briefe und Karten gingen 42 ein, versandt wurden 45. Im Kartell wurde eine Filiale gegründet, während die in Frankfurt einging. Eine Lohnbewegung fand in Karlsruhe statt, wofür es zum Streik kam, der mit einem Erfolg endigte. In Durlach fand eine Ausperrung statt.

Kollege Deumler behauptete, daß man in Heidelberg nicht vor der Agitationskommission gehört habe und gab der Meinung Ausdruck, daß die Kommission reichere Tätigkeiten entfalten müsse, denn im Badischen Oberlande bleibe noch sehr viel zu thun übrig.

Kollege Gaud-Speyer wies die Angriffe des Kollegen Deumler auf die Kommission zurück, dieselbe habe voll und ganz ihre Pflicht getan.

Kollege Köhler-Ladenburg stellte den Antrag, daß jede Filiale pro Quartal einen Situationsbericht einzusenden habe, so daß der Kommission Material zur Verfügung liege.

Nachdem noch die Kollegen Stark, Lang und Ahlert gesprochen, wurde in der Tagesordnung weiter gesprochen. Die Mandatsprüfungskommission teilte mit, daß 10 Delegierte und 3 Mitglieder der Agitationskommission anwesend seien. Nicht vertreten waren die Kollegen Böhrer, Borsheim, Offenbach und Durlach. Das Fernbleiben der letzten Bahnhöfe wurde schon kritisiert, da die Entfernung nur eine Stunde beträgt. Keine von den genannten Bahnhöfen hatte einen Situationsbericht eingegandt.

Es erheben nun die Delegierten über den Stand der einzelnen Bahnhöfe Bericht. Kollege Müller-Brudl berichtet, daß die bezügliche Filiale 26 bis 30 Mitglieder zähle, welches mittels Fabrikantenarbeit, eine Lohnbewegung kam nicht hat. Der Geschäftsgang liege zu wünschen übrig und hatten die Kollegen unter Wohnnägeln zu leiden. Deumler-Freiburg: Die Mitgliederzahl schwankt zwischen 25 und 30, im letzten Quartal betrug die Zahl 40. Wir hatten viel mit Wechsel zu tun. Am Ort besteht auch eine örtliche Organisation der Schuhmacher, welche jetzt 25 Mitglieder zählt. In jeder Geschäftsfiliale beträgt die Zahl der Mitglieder 20 bis 30. Grüner-Karlsruhe nimmt Bezug auf die bereits erwähnte Lohnbewegung. Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl 40 bis 50. Bericht Heidelberg: 20 bis 22 Mitglieder, welche aus Schöpsarbeitern bestehen, da Schillerbad eingegangen ist. Köhler-Ladenburg: Am Ort sind zwei Schuhfabriken. Organisiert sind 23 männliche und 7 weibliche, wovon 11 unorganisiert sind. Lohn 18 bis 20 RM pro Woche. Stark-Mannheim berichtet, daß sie schwer unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden haben, welche auch auf die Schuhmachereinkünfte eingreift. Der Geschäftsgang sei ein schlechter. Schöpsarbeiter seien 35 am Ort und seien die dort beschäftigten Kollegen fast gar nicht zu gewinnen. Die Mitgliederzahl sei auch dieses Jahr nur 35. Ahlert-Speyer berichtete ebenfalls über einen schlechten Geschäftsgang. Am Ort sind 2 Schuhfabriken und 1 Schützling, in welchen nur 6 bis 8 Stunden täglich gearbeitet wurde. Eine Schuhfabrik ging ganz ein. Auch mußten die Arbeiter in der Schützling von Hof eine Lohnreduktion über sich ergehen lassen. Die Schuharbeiter hatten im letzten Jahr eine Lohnbewegung, die von Erfolg war. Organisiert sind am Ort 200 Mann.

Zur Frage der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ergreift als erster Redner Kollege Gaud-Speyer das Wort. Derselbe ist wie alle seine Kollegen in diesem Jahre Gegner dieser Unternehmung, obwohl sie im vorigen Jahr dafür waren, und zwar hätten sie erst jetzt einsehen gelernt, was für ein Nutzen ihnen eine solche Einrichtung bringen könnte, nämlich keinen. In dem dieses Jahr das Geschäft in Speyer ausnahmsweise schlecht ging, seien sie doch nicht ganz arbeitslos, da die Fabriken schon ein ganzes halbes Jahr mit beschränkter Arbeitszeit von 6 bis 8 Stunden arbeiten. Infolgedessen seien sie nur halbe Arbeitslose und laß sich es doch nicht an. Auch hätte der Fabrikant, daß der Vertriebsstand nicht ganz so schlecht sei, wie er ist, und daß der Verkauf von 10 RM. Lebensfähig sei und ob er etwa nicht nach Jahren genügt sei, der Betrag zu erhöhen. Sie seien der Ansicht, daß mit 30 RM. Beitrag die Einrichtung nicht über Wasser gehalten werden könne. Hierauf erklärten die Kollegen Müller und Köhler, daß sie aus denselben Gründen Gegner der Unternehmung seien. Kollege Deumler ist Befürworter der Unternehmung, obwohl auch in seiner Filiale sich einige anders besonnen hätten. Die Kollegen Stark-Speyer und Grüner sind ebenfalls Gegner dieser Unternehmung, während Kollege Stark dieselbe befürwortet.

Eine weitere Debatte entspann sich über die Beschlässe der hiesigen Konferenz und sprachen sich die Delegierten gegen eine Belegung des „Fachblatt“ aus. Desgleichen behaupteten die Delegierten sich als Gegner der Anstellung von Bezirksbeamten. Die Pensionierung der Vereinsbeamten stimmten die Delegierten. Im Besonderen stellte die Filiale Freiberg den Antrag auf Verlegung der Agitationskommission nach Karlsruhe, was aber abgelehnt wurde. Als Sitz der Kommission wurde wieder Speyer gewählt.

Nach einem Schlußwort der Vorsitzenden wurde die Konferenz nach 6 Uhr geschlossen.

### Dritte Konferenz für den Agitationsbezirk Nordw. Deutschland.

Die Konferenz tagte am 23. Februar in der „Festhalle“ in Gumburg. Der Vorsitzende der Agitationskommission, Schaumburg, eröffnete die Konferenz morgens 9 Uhr mit einigen Begrüßungsworten. Nach Konstatierung des Bureau, bestehend aus Schaumburg, Dornheim-Ostern als Vorsitzende, Weig-Glabhorn und Willmann-Gumburg als Schriftführer, und Wahl einer Mandatsprüfungskommission, in welche Schulz-Gumburg, Loebis-Altona und Dornheim-Bremen gewählt wurden, mußte während der Sitzung eine dreistündliche Pause eintreten.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung ergab sich, daß 18 Orte durch 26 Delegierte vertreten waren, und zwar Altona, Gumburg, Harburg, Kiel, Dornheim, Wandsb. bei J. 2, Barmbeck, Blankenhe, Bremen, Wolschberg, Elmshorn, Flensburg, J. 2, J. 2, Neumünster, Ragna, Schneverdingen, Egerberg und Wilschshöfen durch je 1 Delegierten. Von der Agitationskommission waren 8 Mitglieder erschienen. Den Bericht der Agitationskommission erstattete Schaumburg. Nach ihm ausgegangen Nachrichten hätten Harz, Preis, Schwaben und Wismar eine Teilnahme an der Konferenz abgelehnt, Barmbeck wegen der Bedeutungslosigkeit der Verhandlungen, die

übrigen Orte aus Mangel an Mitteln. Die vorliegenden statistischen Abzüge seien nur eine gebräugte Uebersicht als Grundlage für die Berichterstattung. Was die Verhältnisse unserer Kollegen in Weitzl betrifft, so sei die Befestigung derselben in den letzten Jahren nur recht gering. Man müsse sich wundern, daß die Schuhmacher bei den kümmerlichen Löhnen, den gesteigerten Lebensbedürfnissen gegenüber noch zügellos seien. Wer allerdings einen Blick in die Wohn- und Familienverhältnisse der Kollegen gehen habe, wisse, wie ermüdet und kümmerlich diese Existenz der Industrie ihr Dasein fristen. Löhne von 9 RM. pro Woche seien gar keine Seltenheit bei einer Arbeitszeit von vielfach noch 14 bis 15 Stunden täglich. Am traurigsten sieht es in Mecklenburg und Barmbeck, Preis, Schneverdingen u. a. Redner gab aus seiner Erfahrung einige Proben des schlechten Jahresertrages. Wo aber die Organisation fortwähre und sich vertiefe, sei auch die Besserung unverbesserbar. Wer nur die Lohnkarte studiere, könne schon sagen: Hier ist die Organisation gut, dort laugt sie nicht. Die Organisations- und Agitationsarbeit sei darum auch so außerordentlich erstarrt. 1897 habe der Bezirk im Bezirk 35 Bahnhöfen, im Jahre 1900 waren 30 und ein Jahr später 31. Die Zahl der im Gewerbe beschäftigten Schützen betrug 1897 in den Filialorten 2857, 2536 im Jahre 1900 und 2241 im vergangenen Jahre. Die Zahl der Fabrikarbeiter im Bezirk betrug 750 bis 870. Die Mitgliederzahl belief sich 1897 auf 1414, 1899 auf 1770, 1900 auf 1810 und im Schlusse vorigen Jahres auf 2069. Die Steigerung der Mitgliederzahl durch die Tätigkeit der Kommission und ihre häufig wiederholten Anregungen wesentlich mit herbeigeführt worden. Agitation ist außer wiederholter Einberufung von Berichten und Herausgabe von Fragebogen, einer Agitationsarbeit im vorigen Sommer mit Kontrolle der Einrichtungen in 16 Filialen, durch 52 Anträge in allen größeren Orten versucht, eine bessere Schulung und Stärkung herbeizuführen. Lohnbewegungen waren fastgesehen in Barmbeck, Harburg, Altona, Neumünster, Preis und Wandsb.; Maßnahmen in Elmshorn und Wilschshöfen, Differenzen in Altona, Gumburg, Altona, Ragna und Ostern. Tarifverhandlungen fanden Abschluß in Barmbeck, Harburg, Kiel, Preis und Wandsb. Lohnbewegungen in Vorbereitung sind aus sechs Orten gemeldet. Der Postverkehr belief sich in den zwei Berichtsjahren an Ausgängen auf ein Paket, zwei Telegramme, 289 Briefe und 256 Karten, an Eingängen 5 Telegramme, 213 Briefe und der vom Kassierer der Kommission, Nummer 20, vorgelegte Kasienbericht zeigt:

Einnahmen	735,85 RM.
Ausgaben	601,90 RM.
Bestand für 1902.	133,95 RM.

Herings-Freiburg schloß die vorliegenden Verhältnisse. Die Tätigkeit der Agitationskommission sei bedeutungslos. Bei allem guten Willen könne die Kommission die jetzigen Kräfte an kleinen Orten nicht schaffen. Dies müsse von den großen Bahnhöfen aus geschehen und sei von da auch viel leichter als von einem Zentralort. In Flensburg seien Kräfte reichlich vorhanden. Darum habe sich Flensburg nicht heute nicht um die Kommission gekümmert und kein Geld gesandt. Holz und Karten Kiel teilen nicht den Standpunkt des Vorstandes hinsichtlich der Kommission, und vertheilen sich ferner über die Einrichtungen der vier Filiale. Holz berichtet außerdem über seine Erfahrungen bei der Bremer Bewegung und über die Forderungen, welche im Kiel den Arbeitgebern im Frühjahr offen breitet werden sollen. An der weiteren Debatte beteiligten sich fünf familiäre Delegierte und die Situationsberichte gaben ein anschauliches Bild der örtlichen Verhältnisse. Fast einstimmig wurde die einstige Forderung der Flensburger Kollegen verurteilt und der Wunsch nach unausgesetzter Tätigkeit der Agitationskommission geäußert. In seinem Schlußwort ging Schaumburg auf die verschiedenen Anregungen und Wünsche näher ein. Die Agitationskommission sei heute aber bereits so belastet, daß man wohl andere Einrichtungen treffen müsse, als bisher vorhanden. Auch er bietet die Flensburger Kollegen, ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben. Wenn dort ausreichende Kräfte vorhanden seien, so noch lange nicht an anderen Orten. Ferner sei es ein Widerspruch, wenn Flensburg behauptet, es fehle nicht an Kräften, und doch darüber klage, daß es immer mit acht bis neun Kosten bepadet sei. Ein Antrag auf Einberufung vierjährlicher Situationsberichte wurde einstimmig angenommen.

Über die Arbeitslosen- und Krankenversicherung referierte Gonne-Hamburg. Redner betonte, daß ihm alle Unternehmung nur Mittel zum Zweck sei, für die Gewerkschaften können da um auch unter gegenwärtigen Verhältnissen nur die Unternehmungen in Betracht, welche direkten Einfluß auf das Arbeitsverhältnis ausüben, was zweifellos bei der Arbeitslosenversicherung zutrifft, so hier noch in viel höherem Maße als bei der Heile- und Streikunterstützung. Das Wort: Du mußt Solidarität annehmen, werze zur Arbeit, wenn man es dem Hungern zusehe. Die Arbeitslosen für uns das Zielgewicht, das die Unternehmung haben. Die Verhältnisse sind viel zu schlecht, heute werze der Arbeiter durch die Verhältnisse viel zu sehr gelähmt, daß er die Unternehmung an sich selbst auf die Hand heben könnte. In Flensburg ist das Korrespondenz-Herings-Freiburg meint, daß der Arbeiter unter eigenen Verhältnissen zu wenig herbeigeführt habe. Ferner sei er der Meinung, daß ein kapitalistisches Gesellschaft für die von ihm beschriebenen Schäden aufkommen müsse. Wer seien dazu außer Stande. Auch sei bei der großen Beschäftigtenarbeit der Gewerbeverhältnisse, der Praxis der Hilfsarbeiten u. d. Kontrolle unüberwindlich. Alle übrigen Redner sprachen sich gegen die Einberufung derartiger Unternehmungen aus, weil dafür alle Vorbereitungen fehlen. Ein Antrag, die Generalversammlung würde die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung pure ablehnen, wurde mit 23 gegen 2 Stimmen angenommen. Außerdem wurde noch einem Eventualantrage Gaud-Speyer zugestimmt, daß, wenn die Generalversammlung dennoch die Einberufung beschliesse, dies nur dann konstitutiv festgelegt werden dürfe, wenn in einer Urabstimmung sich zwei Drittel der Mitglieder dafür erklären.

Ueber die eventuelle Anstellung eines Bezirksbeamten referierte König-Hamburg. Er trat dafür ein, daß ein solcher angeheilt würde. Heute schon würde außer Schaumburg niemand die Arbeit der Agitationskommission bewältigen können, und alle Anzeigen sprächen dafür, daß in Zukunft, je mehr sich die Kommission einlebe, die Aufgaben sich steigern würden. Aber aber im letzten Arbeitsverhältnis liege, ihm keine so umfangreiche Korrespondenz führen und immer bereit sein, wenn der Vorstand über eine Filiale die Forderung auf persönliches Erdoehlen stelle. Die Debatte sei allerdings der springende Punkt der Sache. Wenn jedoch der Beitrag der Filialen verdoppelt würde, die Hauptzahl etwa 600 RM. betwillinge, werde Hamburg im Stande sein, den Agitationsbezirk zu decken. Schulz und Willmann Hamburg traten ebenfalls für die Anstellung ein. Letzter hob noch hervor, daß die Kommission durch ihr Eingreifen in Mecklenburg, Wismar und anderen Orten der Hauptzahl ziemlich bedeutende Summen erbracht habe. Alle anderen Redner waren Gegner der Sache. Die Folge wäre eine Beitragserhöhung sein und das ist unmöglich. Schaumburg verteidigt den

Standpunkt, daß die Befolgung eines solchen Beschlusses unbedingt genau so wie bei einem Geschäftsführer durch die Hauptversammlung erfolgen müsse; der Besondere bleibe ja auch einzig der Hauptversammlung vorbehalten. Er werde jedoch verüben, auch ferner sein Amt zu verwahren, so lange ihm das möglich sei. Ende-Mitte Juni kam der Antrag, dem Vorstehen für die bevorstehenden zwei Jahre 100 Mk. nachzubewilligen, Schulz-Samburg, in Zukunft für die Erhebung der laufenden Arbeiten für Quartal 15 Mk. zu zahlen. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Dann wurde zunächst einem Antrage Erbesmäßigkeit-Rotha zu gestimmt, daß die Generalversammlung beschließen möge, bei der Maßregelung nicht unwillig herbeizuführen sei.

Der Besondere wünschte bezüglich Anträge zur Generalversammlung und Besondere der Vorstandsbeamten wurden auf Anregung des Vorstehenden zurückgezogen, da die Materie jedenfalls auf dem Geschäftsführer geregelt werde.

Schneewind beantragt, daß der Redaktor des „Fachsblattes“ der dringende Wunsch ausgedrückt werden möge, die antireligiösen Artikel fortzulassen. Dilem Wunsch schloß sich die Konferenz einstimmig an.

Rum Vorstehen der Agitationskommission wurde einstimmig Schauburg wiedergebittet. Die Zusammenlegung der Kommission, 5 Mitglieder von Samburg und je eines aus Altona, Barmbeck, Mittenfeld und Wandsbek, soll auch ferner dieselbe bleiben.

Hierauf schloß der Besondere nach einigen Zwischenworten um 7 1/2 Uhr abends die Sitzung mit einem Hoch auf den Verein und der Schlußworte, in das die Delegierten lebhaft einstimmten.

### Bericht von der Konferenz der Zahlstellen Schlesiens.

Im Gemeindefestsaal zu Breslau tagte am Sonntag, den 16. Januar die Konferenz der schlesischen Zahlstellen. Betreuer waren Breslau und Glognitz durch je zwei, Neustadt, Barmbeck, Samburg und Glognitz durch je einen Delegierten, außerdem waren sämtliche Mitglieder der Agitationskommission anwesend.

Um 9 1/2 Uhr vormitags eröffnete der Vorsitzende der Agitationskommission, Kollege Thater, die Konferenz und ließ die fremden Delegierten herzlich willkommen sein. Bei der Bureauwahl wurden Thater-Breslau als erster, Böhm-Breslau als zweiter Vorsitzender und Wende-Glognitz als Schriftführer gewählt.

Zunächst erlasst Kollege Thater den Geschäftsbericht. Derselben ist zu entnehmen, daß die Agitation in Dresden eine äußerst schwierige ist; zwei öffentliche Versammlungen brachten keinen Erfolg, dagegen war das Resultat von den 16 abgehaltenen Vertrauensversammlungen günstig. Der Bericht, in verschiedenen Städten Zahlstellen zu gründen, mißglückte, weil nirgends geeignete Leute zur Leitung da waren und so wurde das schon eingeleitete Material wieder zurückgeschickt. Anfragen an verschiedene Gewerkschaftsvereine blieben unbeantwortet.

Kollege Viehich als Kassierer der Agitationskommission gibt Johann den Kassierbericht. Die Einnahmen vom Jahre 1900 betragen 83,01 Mk. die Ausgaben 84,87 Mk. Im Jahre 1901 betragen die Einnahmen 127,96 Mk., die Ausgaben 109,17 Mk., übriges blieb ein Bestand von 18,92 Mk. Die von dem Kollegen Barmbeck, Glognitz, Müller-Barmbeck und Glognitz zusammengeleitete Prüfungskommission beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was auch geschieht.

Am 2. Punkt der Tagesordnung, Berichterstattung der Delegierten, erhält zur acht Wende-Glognitz das Wort: Der Verein hat hier Fortschritte gemacht, von 49 Mitgliedern im Jahre 1900 hat man es bis auf 71 im Jahre 1901 gebracht, allerdings sind dies fast alles Fabrikarbeiter, die Schloßarbeiter konnte man vorläufig in die Organisation nicht einweihen, dieselben sind meistens im Hirsch-Wunderstein-Gewerkschaft. Durch das feste Zusammenhalten der Kollegen in der Schulfabrik von Bielauer war es möglich, den Fabrikanten zu bestimmen, einen Westmeister, der sich bei den Arbeitern unbeliebt gemacht hatte, zu entlassen; ferner mußten von demselben Fabrikanten zwei gemessene Arbeiter nach Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß wieder eingestellt werden. Die allgemeine wirtschaftliche Krise macht sich jedoch auch hier bemerkbar, indem teilweise die Arbeitszeit bedeutend reduziert war, eine Woche wurde ganz gestrichelt. Barmbeck ergänzt die Ausführungen seines Vortrags, geht des näheren auf die Entlassung des Westmeisters ein und weist darauf hin, was durch eine fröhliche Organisation erteilt werden kann.

Müller-Neustadt gibt sodann ein Bild seiner Zahlstelle: Die Schlußworte sind hier zur Organisation nicht zu bewegen, die Kapitalisten-Gesellschaft hält die Leute in der Gelehrtenvereine fest, die Fabrikanten haben deshalb mit den Arbeitern leichtes Spiel. So wurden in der einen Fabrik die schon sehr niedrigen Löhne um 10 Prozent, in der zweiten sogar um 12 Prozent gekürzt, alle Arbeiter, die schon teilweise über 12 Jahre in einer Fabrik gearbeitet haben, werden entlassen, um junge, leistungsfähigere Kräfte einzustellen; drei Fabrikanten ziehen in Konkurrenz, während eine aufhört zu fabricieren. Dadurch wurden über 100 Schlußwörter arbeitslos; dieselben mußten bei dem vorigen Rahmenbau Beschäftigung finden. Die Krise hat sich auch hier bemerkbar gemacht, denn teilweise wurde nur fünf Tage in der Woche gearbeitet; die Schlußwörter haben hier keine Bedürfnisse, Frühstübchen und Vesperpause wird nicht gemacht. Kollege Glognitz berichtet sodann von der Zahlstelle Breslau. Hier ist es ähnlich schwierig, die Kollegen zur Organisation heranzuziehen, weil Breslau Durchgangsstation für alles das ist, was aus dem bannlichen Ober-Schlesien oder aus Delleritz kommt. Die Mitgliederzahl hat sich, nachdem sie durch die Bereinigung der beiden Zahlstellen bis auf 83 gestiegen, wieder bis auf 68 verringert; an Beschlüssen, die Schlußwörter für den Verein zu gewinnen, hat es nicht gefehlt, jedoch war der Erfolg teilweise Arbeitslosigkeit. In der Schulfabrik von Dornbröhl werden die männlichen Besorger jetzt durch Arbeiterinnen ersetzt. Der im Frühjahr 1901 vorgelegte Bericht wurde von den Meistern und Fabrikanten nicht anerkannt und konnte auch infolge der schwachen Organisation nicht durchgebracht werden. Der Gewerkschaftsausschuß behandelt jetzt mit dem Innungsmeister über einen neuen Tarif, aber auch hier wird wohl nichts zustande kommen, weil niemand die Löhner übernehmen will, deshalb wird der Gewerkschaftsausschuß jetzt selbst einen Tarif mit ganz geringen Erhöhungen ausarbeiten und den Meistern vorlegen. Böhm-Breslau ergänzt diese Ausführungen und fordert zu charakteristischer Agitation auf.

Nach dem Bericht des Kollegen Glogitz sind in Barmbeck etwa 60 Meister, jedoch keine Fabrik; 14 Meister beschäftigen Gesellen, aber meistens nur auf Reparaturen, neue Arbeit wird fast gar nicht gemacht. Der Geschäftsgang ist ziemlich flau; auch ist niemand arbeitslos, dagegen ist die Arbeitszeit veräußert; ein der Meistern vorgelegter Lohnsatz wurde von diesen teilweise bewilligt.

Auch in Barmbeck sind, wie Kollege Müller berichtet, nicht die besten Verhältnisse; in 3 Fabrikten sind 300 Arbeiter beschäftigt, von diesen 90 organisiert; in einer Fabrik beträgt das Lohn der reduzierten Arbeitszeit 7-8 Mk., außerdem ist die Behandlung unter aller Würde, zur Organisation sind die Schlußwörter aber nicht zu bewegen, dagegen kann man sie in Gelang- und Klimabereinen treffen.

In Samburg wurde, wie Kollege Leber berichtet, die Zahlstelle im Jahre 1899 gegründet, von 14 hier beschäftigten Gesellen sind 10 organisiert. Im Jahre 1900 konnte eine Lohnbewegung mit Erfolg durchgeführt werden; auch in diesem Jahre hat man den Meistern einen Lohnsatz vorgelegt. Diese Kräfte sind jedoch,

zu bewilligen, sondern wollen mit ihren Arbeitern selbst unterhandeln; doch ist Aussicht vorhanden, den Tarif durchzuführen.

Am 3. Punkt, die obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, spricht zunächst Kollege Breslau und hebt hervor, welchen Nutzen die Mitglieder und der Verein von dieser Einrichtung haben würden. Wende-Glognitz spricht ebenfalls dafür, kann sich aber mit den Beschlägen des Hauptvorstandes nicht einverstanden erklären, sondern wünscht einheitliche Beiträge und Unterhaltungsätze. Glognitz-Breslau spricht gegen das Obligatorium, weil die meisten Schlußwörter bei ihren niedrigen Löhnen nicht in der Lage sind, die erhöhten Beiträge zu zahlen. Müller-Barmbeck, Böhm-Breslau, Glogitz-Samburg, Müller-Neustadt und Leber-Glognitz sprechen ebenfalls dafür, weil sie befürchten, durch die erhöhten Beiträge werden sich die kleinen Zahlstellen auflösen. Dagegen treten Barmbeck Glognitz und Thater-Breslau warm dafür ein; ein Antrag auf namentliche Abstimmung ergibt 7 für und 6 gegen die obligatorische Einführung.

Am 4. Punkt der Tagesordnung, Anträge zur Generalversammlung, stellt Böhm-Breslau den Antrag: Die obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung soll von einer Urabstimmung mit Zweidrittel-Majorität abhängig gemacht werden. Dieser Antrag wird angenommen.

Sollte das Obligatorium zur Annahme gelangen, so sollen einheitliche Beiträge gebildet werden und zwar für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche und jugendliche unter 16 Jahren 15 Pf., demzufolge sollen auch die Unterhaltungsätze einheitlich sein und sollen betragen für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche und jugendliche 45 Pf. pro Tag, außerdem soll die Unterhaltung von der ersten Woche an gezahlt werden, bei Krankheits- oder Arbeitslosigkeit werden Beiträge nicht erhoben. Reiseunterstützung soll in einem Jahre bis 1000 Kilometer gezahlt werden und soll pro Kilometer 3 bzw. 2 Pf. betragen. Mitglieder, welche schon 2 Jahre dem Verein angehören, ohne zu den Unterhaltungsätzen Beiträge geleistet zu haben, treten, sofern sie noch keine Unterhaltung bezogen haben, sofort in die vollen Rechte ein, neu Eintretende haben dagegen ein Jahr Karenzzeit durchzumachen. Umzugsvergütung soll je nach der Entfernung 10 bis 50 Mk. betragen und die Stützgebühren sollen die alten bleiben.

Kollege Thater begründet sodann den Antrag auf Anstellung eines besoldeten Beamten für Schlesia. Die Agitation ist hier so schwierig und jemand, der sich von seiner Hände Arbeit ernähren muß, kann unmöglich diese gewaltige Arbeit leisten. Die Anwärter können dem zu wird schließlich folgender Antrag angenommen: Die Generalversammlung wolle beschließen, für Schlesia einen besoldeten Beamten anzustellen, der, wenn möglich, der polnischen Sprache mächtig ist.

Abends um 7 Uhr wird die Konferenz vom Kollegen Thater mit Dankworten an die Delegierten für ihr topperses Aushalten und reges Interesse an den Verhandlungen geschlossen.

### Zur Konferenz der schlesischen Zahlstellen.

In Nr. 21 der „Schlesischen Volksmacht“ vom 20. Februar befindet sich ein Artikel, in welchem zunächst die Tätigkeit der Agitationskommission besprochen wird. Es heißt darin, die Berufsangehörigen sind schwer für die Organisation zu gewinnen. Das geht ich gerne zu, aber von selbst kommen die Interessierten nicht, man muß eben auf der ganzen Linie eine intensive Agitation entfalten. Man wird mit entgegenhalten, ohne Mittel keine Agitation. Das ist richtig, aber ohne Agitation gibt es keine Organisation. Das ist der zweite Punkt, unter welchem die Zahlstellen Schlesiens zu leiten haben. Die Kommission bestand etwa dreizehn Jahre nur aus drei Mitgliedern, von welchen zwei davon meines Wissens ihre Haupttätigkeit auf die O. L. konzentrieren müssen. Selbstverständlich wird und muß die Organisation zurücktreten. Als im Jahre 1900 die Zahlstelle Glognitz sich an die Kommission wandte, den Zentralvorstand zu ersuchen, eine Agitationsreise durch Schlesia zu unternehmen, erhielten wir wohl die Erlaubnis, sonst aber nichts. So blieb uns denn nichts anderes übrig, nach einem Jahre uns selbst an den Vorstand zu wenden, und diesmal mit Erfolg. Nun kam aber wieder die Reihe an die Kommission, um der mit großen Kosten verbundenen Agitationsreise volle Wirkung zu verleihen, zumal der Wunsch von mehreren Zahlstellen vorhanden war. Doch trotz allem, die Kommission ist eben mit Arbeiten überhäuft, denn sonst hätte sie mehr wie drei Besammlungen einberufen, an geeigneten Lokalen hätte es sicherlich nicht gefehlt.

Ähnlich liegt es mit der Konferenz. Es war doch Pflicht der Kommission, dieselbe gleich nach der Ausfertigung der Generalversammlung einzuberufen. Da konnte man sich über die Komminierung des Kandidaten schlüssig werden, schon aus pekuniären Gründen, und man hätte dadurch den Zahlstellen die ungenügenden Korrespondenzen erspart. Doch die Kommission hatte einen Grund, man glaube eben das Mandat ihres eigenen Kandidaten zu sichern. Ich betrachte es ganz entschieden der Kommission das Recht, einen Kandidaten eigenmächtig auszusuchen; eine Mitglieder-versammlung der Zahlstelle Breslau wäre doch ebenso kompetent gewesen. Wenn die Kollegen Breslau gegen eine solche Letztinstanz bestehen, ist es ihr gutes Recht und ich stimme ihnen vollinhaltig bei, nur hätte ich gewünscht, daß die Delegierten den Protest zu dem ihrigen gemacht hätten.

Betreffs der Arbeitslosenunterstützung schließt ich mich den Samburger Kollegen an. Des weitern muß ich mich gegen die Anstellung eines besoldeten Beamten erklären. Ein besserer Ausbau der Agitationskommission würde vollkommener genügen.

Robert G. Frick.

### Bericht der zweiten Konferenz des Agitations-Bizirks West-Pfalz und Elsaß-Lothringen.

Am 16. Februar fand die Konferenz in Birmensdorf im „Gasthaus zum goldenen Stern“ statt. Anwesend waren 11 Delegierte, welche 10 Zahlstellen beim Einzelmitgliedsystem betrauten. Kollege Anton Fuchs eröffnete die Konferenz vermittels 11 Uhr, begrüßte die erschienenen Delegierten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die beschriebenen Verhandlungen der Organisation zum Nutzen gereichen mögen.

In das Bureau wurden die Kollegen Fuchs als erster, Gerhardt-Mes als zweiter Vorsitzender, Bismarck-Kaiserslautern als Schriftführer gewählt. Der Bericht der ersten Konferenz wurde gutgeheißen. Die Tagesordnung wurde wie von der Kommission festgelegt belassen.

Den Bericht der Agitationskommission gab Kollege Fuchs und war daraus folgendes zu entnehmen: Zur Erhebung der Geschäfts waren 23 Sitzungen notwendig, öffentliche Versammlungen haben 19 stattgefunden, wovon je eine in Weg, Straßburg, Bischweiler und Kaiserslautern, die übrigen in Birmensdorf und den umliegenden Ortschaften abgehalten wurden. Streits bzw. Lohnbewegungen kamen vor in Bischweiler, wo jedoch durch Zurücknahme der Lohnreduktion die Differenz ihre Einbürgerung fand; in Kaiserslautern war es nicht möglich in eine Bewegung einzutreten, da der Prozenttag der Organisierung gleich Null ist. Zum Ausblick kam es in Birmensdorf bei der Firma Gausub u. Urban, welche die Löhne der Arbeiter bis zu 25 Prozent reduzierte. Nach schädigendem Auslande endete der Streik, dank der guten Solidarität der übrigen Arbeiter, mit einem glänzenden Sieg der Arbeiter über die Firma. Außerdem wurden der Kommission noch 16 Lohnreduktionen gemeldet, wovon sie in zwei Fällen vortheilhaft wurde, was auch teilweise Erfolg hatte. In den übrigen Fällen mußte Abstand genommen werden, da die Organisation in den betreffenden Betrieben eine zu schwache war.

Die Krise machte sich auch bei uns bemerkbar. So arbeiteten in Birmensdorf die Geschäfte mit ganz wenigen Ausnahmen mit vermindelter Arbeitszeit. Viele Fabrikanten arbeiteten nur an fünf, manche sogar nur an vier Tagen in der Woche. Auch vollständig Arbeitslose gab es in beträchtlicher Anzahl.

Im Frühjahr ließ die Kommission in Birmensdorf eine Hausagitation vornehmen, welche auch einen teilweisen Erfolg hatte. Leider mußte man dabei die Wahrnehmung machen, daß alsbald die Neugewonnenen wieder dem Verein den Rücken zehrten. Nicht Erfolg brachte uns der Sieg bei Gausub u. Urban, wodurch auch wieder der Beweis erbracht wurde, daß in manchen Beziehungen die Herren Fabrikanten bessere Agitatoren seien, als die intelligentesten unserer Kollegen. Es hat deshalb die Rufe auf weitere Organisation keinen Einfluß ausüben können, im Gegenteil, während wir bei der ersten Konferenz eine Mitgliederzahl von 891 zu verzeichnen hatten, schloß das dritte Quartal verflohenen Jahres mit 1818 ab, was ein Mehr von 427 bedeutet. Auch sei noch sei dieser Zeit ein fortwährendes Wachsen zu verzeichnen, wobei allerdings nur Birmensdorf in Betracht komme.

Der Redaktionsbericht, den Kollege Höltermann gab, zeigte folgendes Resultat vom 15. Oktober 1900 bis 15. Februar 1902:

Einnahmen:		
Beiträge der Zahlstelle Birmensdorf	156,-	Mk.
„ „ „ „	29,95	„
„ „ „ „	9,-	„
„ „ „ „	7,85	„
„ „ „ „	6,-	„
„ „ „ „	5,20	„
„ „ „ „	1,75	„
„ „ „ „	—,90	„
	<b>Summa</b>	<b>216,15</b>
Ausgaben:		
Nachtrag vom 16. Februar 1902:		
„ „ „ „	1,80	Mk.
„ „ „ „	2,50	„
„ „ „ „		
	<b>Summa</b>	<b>220,35</b>
Für Agitation in:		
„ „ „ „	28,65	Mk.
„ „ „ „	15,-	„
„ „ „ „	14,10	„
„ „ „ „	13,-	„
„ „ „ „	9,-	„
„ „ „ „	6,90	„
„ „ „ „	5,-	„
„ „ „ „	4,-	„
„ „ „ „	4,-	„
„ „ „ „	4,-	„
„ „ „ „	6,35	„
„ „ „ „	1,45	„
„ „ „ „	1,-	„
„ „ „ „	1,-	„
„ „ „ „	3,50	„
„ „ „ „	5,50	„
„ „ „ „	3,50	„
„ „ „ „	4,90	„
	<b>Summa</b>	<b>124,95</b>
Einnahmen	220,35	Mk.
Ausgaben	124,95	„
	<b>Summa</b>	<b>95,40</b>

Bei der Diskussion der beiden Berichte erwähnte Kollege Höltermann, daß das Bedürfnis nach besserer Agitation überall vorhanden gewesen sei. Allein infolge Glognitz und durch die Kapitalisten in den Reichskolonen konnte dieselbe nicht besser entfaltet werden. In Barmbeck z. B., wo eine wiederholte Zahlstelle hatte, die aber dank der schwarzen Garbe kaum mehr am Leben ist, kann wegen Glognitz keine Besammlung mehr stattfinden. Hier sollten die Kollegen eifrig von Mund zu Mund agitieren und einen starken Druck auf die Birmensdorfer machen, daß sie nicht zu halten. Hier kommen nur die Schloßarbeiter in Betracht, welche durch die Birmensdorfer Händler, die den dortigen Markt besetzen, immer mehr verdrängt werden. Es ist dies bedauerlich, allein wir könnten nicht verhindern, daß durch die kapitalistische Wirtschaft diese Zahlstellen verschwinden. Auch, wie überhaupt Elsaß-Lothringen sei durch Leitung der frühesten Agitationskommission nicht gebessert worden. Durch die geographische Lage, welche hohe Reisekosten und Spesen verurteilt, ist eine rege Agitation nicht möglich. Redner glaubt, daß wenn die in Betracht kommenden Zahlstellen der von der General-Kommission eingeleiteten Agitations-Kommission in Straßburg angegliedert würden, mehr geleistet werden könnte. Auch sei Birmensdorf mit seiner Umgebung ein solch großes Arbeitsfeld, daß die Agitations-Kommission Arbeit in Fülle und Fülle hätte. Nach längerer Debatte, in der noch Kollege Fuchs erklärte, daß der Hauptgrund darin zu suchen sei, daß Gausub und Urban zu zurückgefallen, weil Kollege Höltermann selbst aus dem Verein ausgetreten sei und Gegenagitation getrieben habe, wird ein Antrag Höltermann angenommen, der folgendes besagt: „Die Zahlstellen der Reichskolonen sind in Bezug auf Agitation der von der General-Kommission in Straßburg eingeleiteten Agitations-Kommission zu unterstellen und wird der Zentralvorstand ersucht, die notwendigen Arbeiten hierzu zu erledigen.“ (Schluß folgt.)

### Mitteilungen.

Miel. In der letzten Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle wurde das Statut einer eingehenden Revision unterzogen. Die unterbreiteten von Kollegen folgende Anträge auf Abänderung des Statuts resp. Nachträge zu einigen Paragraphen. 1. Dem § 2 hinzuzufügen: „jeweils Erklärung der Tarifgemeinschaft“. 2. Im § 3 das Wort „berufen“ zu streichen, da die hiesigen Kollegen der Ansicht sind, daß auch ein unvertretbarer Kollege in die Lage kommen kann, in „bringenenden Notfällen“ der Unterstützung der Gesamtorganisation zu bedürfen. 3. Der § 7, Abs. 2 bezieht, daß Mitglieder, welche unangeborene adressieren, keine Reiseunterstützung erhalten. Wir wünschen, daß diesem Paragraphen ein Passus angefügt werde, nach welchem Kollegen, welche entgegen § 2 ihre Pflicht dadurch verletzen, daß sie bei finanziellen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse die ausgegebenen Fragebogen nicht ausfüllen und so einer entsprechenden Statistik bewusst entgegen arbeiten, keine Reiseunterstützung erhalten. 4. Dem § 8, Abs. 1 zu hinzuzufügen: „Kollegen, welche innerhalb drei Wochen nach beendigter Verzei betreten, erhalten nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft Reiseunterstützung“. 5. Dem § 8, Abs. 4 sind die Namen derjenigen Länder, mit denen wir im Gegenständigkeitsverhältnis stehen, einzuschalten, damit die Ortsbeamten orientiert sind. 6. Der Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung ist im „Fachsblatt“ zu veröffentlichen. — Die Versammlung prozeßiert alsdann gegen den auf der Konferenz in Hamburg gefassten Beschluß, die obligatorische Arbeitslosen- und Krankenversicherung von der Tagesordnung der Generalversammlung zu streichen. Sie ist der Ansicht, daß auch die Begne ein Interesse an der sachlichen Prüfung dieser Frage haben müßten.

Waltz. Wie den Kollegen in der letzten Nummer des „Fachsblatt“ bekannt gegeben wurde, waren bei der Firma M. J. u. S. u. O. die Arbeiter ausgebehalten, die auch zu einem vierwöchigen Streik geführt haben, wodurch, daß die Firma die gewählte Kommission bezugs Verhandlungen abwas. Gefürchtet war, daß die Arbeiterinnen sich dem Streik anschließen. Nach mehrwöchigen Verhandlungen, leitend des Kollegen Simon aus Pirmasens, beg und der Kommission mit dem Fabrikanten ist es gelungen, die Differenzen zu Gunsten der Arbeiter in allen Positionen, mit Ausnahme der Abfahrgelder, welche eine neue Maschinenrichtung erfordern, beizulegen, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde,

